

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzolamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Bilderwoche, Jugend u. Deutschum, Mode vom Tage, Frau und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Max G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Drei im Haus halbmonatlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntags- und Feiertagsnummer 15 Pf.). — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverkäufer u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen

Verkaufsstelle: Post-Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsbezirk Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Veränderung des Betriebes der Zeitung oder der Verlegergesellschaft — hat der Verleger keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (in Reichsmark): Die 40 mm breite einseitige Zeilenbreite 25 Pf., halbe Anzeigen 20 Pf., die 30 mm breite Reklamapelle (im Text) 70 Pf. Für das Besetzen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Für Sammelanzeigen tarifmäßiger Zuschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 49

Sonntag, den 27. Februar 1927.

82. Jahrgang

Tageschau.

* In Danzig fanden dieser Tage Verhandlungen zwischen England und Polen zur Abnähmung eines Militärabkommens statt.

* Die litauische Regierungserklärung lehnt die englisch-polnischen Bestrebungen nach einem Anschluss Litauens an Polen in klarer Weise ab.

In der Angelegenheit der von den Franzosen verhafteten deutschen Gendarmenleuten in der Pfalz sind die diplomatischen Verhandlungen aufgenommen worden.

* Freitag vormittag haben die der Peking Regierung ergebenden Schantungstruppen die Chinesenstadt in Schanghai besetzt, um die Stadt gegen die Kantontuppen zu halten.

* In Mexiko ist durch einen verbrecherischen Anschlag ein Sprengung eingeleitet. Bisher sind 10 Tote und über 70 Schwerverwundete geborgen.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Die englische Note und die Offfragen.

Englands Barmherzigkeit an Russland ist in Moskau nicht, entgegen der Rigauer Meldung, mit großer Ruhe, wenn auch mit entschieden ablehnender, aber angeblich unhaltbarer Behauptungen Englands aufgenommen worden. In Polen meint man, England hätte ruhig noch etwas schärfer vorgehen können, in Frankreich aber ist man mit der Note zufrieden. Es ergibt sich also, daß diese offizielle Barmherzigkeit durch England keine entscheidende Wendung im englisch-russischen Verhältnis gebracht hat. Um so interessanter sind die Nebenerscheinungen des englisch-russischen Kampfes, die zum Teil ein sehr direktes Interesse für Deutschland haben. Es ist ja bekannt, daß England sich Polens bedienen will. Die polnisch-englische Annäherung ist einwandfrei und deutlich zu erkennen. Nun aber stellt es sich heraus, daß diese englisch-polnische Annäherung auch die Randstaaten, vor allem Litauen, in ihrem außenpolitischen Kurs zu bestimmen scheint. Noch freilich kann das Gerücht von einer polnisch-litauischen Verständigung, vor allem über das Wilna-Gebiet nicht ernst genommen werden. Es häufen sich aber die Anzeichen, die für das Vorhandensein eines immer wachsenden polnischen Einflusses im Baltikum sprechen. Nun aber bezieht sich Polen augenblicklich in einer betont deutschfeindlichen Politik. Das polnische Parlament glaubt Abwehrmaßnahmen gegen die zum größten Teil geschichtlichen deutschen Offfragen treffen zu müssen. Die Propaganda Polens im Ausland für die Anerkennung seines Standpunktes in der Frage des Handelskrieges mit Deutschland tut ein übriges, und schließlich ist England der deutschfeindliche Kurs zum mindesten nicht unangenehm. Eine Ausdehnung der englisch-polnischen Interessengemeinschaft auf die baltischen Staaten würde also höchstwahrscheinlich eine Abkehr dieser Länder von ihrer bisherigen Hart nach Deutschland und natürlich zwangsläufig auch nach Russland orientierten Politik bedeuten. Angesichts dieser Gefahr sollte das Reich einmal nachprüfen, mit welchen Mitteln die polnische und die englische Politik in den Randstaaten arbeiten, um beidseitig darauf hinzuwirken zu können, wo das eigentliche Interesse dieser Länder liegt. Eine Verschlechterung der baltischen Beziehungen zu dem mächtigen und großen Nachbarn Russland einerseits und eine Abklärung des Verhältnisses zu Deutschland als dem großen westlichen Durchgangsland ist von minderen und natürlich unzulänglichen Punkten für eine solche Politik gibt es zumal von russischer Seite gesehend, denn gerade jetzt haben doch Holland, Estland und Finnland noch eine polnische Unterstützung ihrer Genossenschaft für einen Schiedsgerichtlichen und Garantievertrag mit Russland auszusprechen. Die Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge einer „Barrierepolitik“ im Baltikum vorhanden, es wäre gewiss eine englisch-polnische Verständigung über das Verhältnis manchmal trüben.

Englisch-polnische Verhandlungen in Paris.

Danzig, 25. Februar. (L.-L.) Die Danziger Handelszeitung berichtet dieser Tage von englisch-polnischen Verhandlungen in Danzig. Das offizielle polnische Organ in Danzig, die „Reichliche Post“, bezeichnet diese Verhandlungen als „unseren“ Verhandlungen. Demgegenüber steht die Handelszeitung auf dem Standpunkt und erklärt, daß in letzter Zeit lediglich die Verhandlungen des englischen Gesandten in Danzig gegen die Verhandlungen mit polnischen Stellen zu

Abnähmung engerer Beziehungen zwischen Polen und England gepflogen hätten, die sich nicht bloß auf handels- und wirtschaftspolitische Fragen bezögen, sondern auch, und vielleicht in erster Linie, auf ein Militärabkommen gerichtet seien. Die Verhandlungen werden damit in Zusammenhang gebracht, daß man die angebliche Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen, wie sie von der englischen Presse in letzter Zeit dargestellt wurde, nicht mit glänzenden Augen betrachte. Auch das Verhältnis Englands zu Russland veranlaßt England, den Plan einer großzügigen Eintreibung Sowjetrußlands zu verfolgen, in den auch Polen als mitwirkendes Glied gegen Russland einbezogen werden sollte.

Litauen als Prellbock zwischen Polen und Russland.

Kowno, 25. Februar. (L.-L.) Hier sind Gerüchte im Umlauf, wonach ein kommunistischer Putsch in Vorbereitung ist. Bereits gestern sind hier erneut sieben Kommunisten verhaftet worden, bei denen Dokumente gefunden wurden, die auf eine Verbindung „unabhängiger“ litauischer Kommunisten mit einer auswärtigen Militärmacht deuten. In diesem Zusammenhang gewinnen die schon seit einigen Tagen vorliegenden Nachrichten von einer fälschlich behaupteten Klarverhandlung in den russischen Militärbezirken an der polnischen Grenze erhöhte Bedeutung. Diese Verhandlung war von sowjetrussischer Seite mit der Notwendigkeit begründet worden, schon in dem Augenblick zuzugreifen zu können, in dem Polen kommunistische Aufstände als verstärktes Druckmittel gegen Litauen benutzen würde. Aus früher schon bei russischen Kommunisten gefundenen Druckerzeugnissen geht hervor, daß die Kommunisten entschlossen ist, ein von Polen befestigtes oder auch nur geleitetes Litauen mit allen Mitteln zu verhindern, da ein solches eine Verpflichtung Polens zugunsten der englischen Pläne in der Ukraine und im Kaukasus bedeuten würde.

Scharfe litauische Erklärung gegen Polen.

Kowno, 25. Februar. (L.-L.) Wie aus Kowno gemeldet wird, war die heutige Regierungserklärung des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras eine scharfe Antwort auf die polnisch-englischen Bemühungen um einen Zusammenstoß Polens und Litauens. Der Ministerpräsident betont, daß alle Litauer darin einig seien, daß Litauen ein unabhängiger Staat bleiben müsse und daß Wilna wieder Litauens Hauptstadt werden müsse. Litauen sei für die baltische Staatengruppe, deren Nichtauflockerung nur Polen zugunsten sei. Seit dem Locarno-Vertrag nehme Polen mit dem Verzicht des Korridors und Inge dazu, über Litauen einen anderen Ausgang zur Ostsee. Dem werde sich Litauen bis zum letzten Blutstropfen widersetzen. Aber auch Russland werde es nicht zulassen, daß Litauens Lebensraum weiter geschmälert werde. Litauens Politik werde immer nur Litauen sein; doch werde es denjenigen Großmächten am nächsten stehen, die Litauens Recht auf Wilna anerkennen.

Die Lage in China.

Schanghai, 25. Februar. Heute vormittag haben etwa 20 000 Mann der Schantungstruppen unter dem Befehl des Kommandanten General Wang Junsheng die Schanghai-Verwaltung besetzt. Die deutsche Botschaft wurde von der Besatzung umgeben. Die Besatzung erklärte, daß sie die Schanghai-Verwaltung besetzt habe, um die Schanghai-Verwaltung zu schützen. Die Besatzung erklärte, daß sie die Schanghai-Verwaltung besetzt habe, um die Schanghai-Verwaltung zu schützen. Die Besatzung erklärte, daß sie die Schanghai-Verwaltung besetzt habe, um die Schanghai-Verwaltung zu schützen.

Die Verteidigung von Schanghai.

London, 26. Februar. „Times“ meldet aus Schanghai: Schantung hat eine 40 000 Mann umfassende Besatzung. Die Besatzung hat die Schanghai-Verwaltung besetzt. Die Besatzung hat die Schanghai-Verwaltung besetzt. Die Besatzung hat die Schanghai-Verwaltung besetzt.

den Klischen und Singsang von den Nordtruppen unterminiert worden seien.

Vor einer diplomatischen Offensive Schanghaier.

In einer Meldung aus Schanghai heißt es, daß Schanghaier, die durch die Besetzung Schanghais durch die Schantungstruppen einen gewissen politischen Triumph in die Hand bekommen hat, beabsichtigt, demnächst auf dem Wege über die Peking Regierung eine diplomatische Offensive gegen England zu eröffnen, und das gesamte Problem der Konzessionen aufzurollen. Für die internationale Niederlassung in Schanghai dürfte eine Regelung verlangt werden, die den von den Engländern für hantam gemachten Zugeständnissen entspricht. Kämpfe zwischen der Schantungarmee und den Kantonesen würden für die nächste Zeit nicht erwartet. Schwerebewaffnete Truppenteile der Schantungarmee haben sich den englischen Truppen gegenüber, die außerhalb der internationalen Siedlungsstellung bezogen haben, gelagert.

Sanktion von den Kantontuppen erobert.

London, 25. Februar. Wie aus Schanghai gemeldet wird, haben die Kantontuppen die Siedlungsstellen bei Sanktion erobert. Sie sind heute bereits in die Stadt eingedrungen. Die britischen, japanischen, französischen und italienischen Truppen in Schanghai haben heute im Umkreis der internationalen Niederlassung ihre Verteidigungsstellungen bezogen. Amerikanische Seeschiffe sind bis heute noch nicht ausgeschifft worden.

Der Kampf gegen die Kommunisten in Chile.

Santiago de Chile, 25. Febr. Die Regierung von Chile hat einen scharfen Kampf gegen den Kommunismus im ganzen Lande begonnen. Gemäßliche anarchistischen und kommunistischen Führer sind nunmehr verhaftet und ihre Zeitungen verboten worden. Der Ministerpräsident hat offiziell erklärt, daß er den Kommunismus im ganzen Lande vernichten werde.

Die zweite Lesung des Justizhaushalts im Reichstag beendet.

Vizepräsident Eiser eröffnete am Freitag die Sitzung des Reichstages um drei Uhr. Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsjustizministeriums wurde fortgesetzt. Zunächst nahm der

schiffliche Gesandte Dr. Gradnauer Bezug auf eine Äußerung des sozialdemokratischen Abg. Stehner im Rechtsausschuß, der erklärt hatte, eine neue Amnestie sei auch notwendig, um den „Opfern der sächsischen Rechtsjustiz Hilfe zu bringen“, die nach dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen eingekerkert habe. Der Redner erklärte, daß diese Behauptung nicht zutreffend sei. Vielmehr sind alle Straftaten, die im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Reichswehr begangen worden sind, erledigt, und zwar entweder durch die sächsische Amnestie vom April 1926, oder durch die Reichsamnestie. Niemand, der sich aus Anlaß des Einmarsches irgendwie strafbar gemacht hat, befindet sich noch in Strafbhaft.

Abg. Esslinger (Bayr. Sp.) spricht dem Justizminister und seinem Staatssekretär das Vertrauen aus. Das Thema „Vertrauensfrage“ sei geradezu ein Schlagwort geworden. Er verhehle es nicht, erklärte der Redner, daß er im vergangenen Jahre eine ganze Anzahl Urteile in die Hand bekommen habe, bei denen er den Kopf geschüttelt habe. Trotzdem seien die verurteilten Angeklagten gegen die Rechtspflege ungerechtfertigt. Die erweiterten Schöffengerichte und die meisten Schwurgerichte hätten jeder Kritik standhalten. Unter Tausenden von Mitgeklagten eines Standes könne auch einmal ein rüchdiger Einzel sein.

Der Haushalt des Justizministeriums wird ohne wesentliche Ausprüche in zweiter Beratung erledigt. Die verschiedenen Anträge werden dem Rechtsausschuß überwiesen. Die Vorlage über die Simultanabsetzung der Rechtsämter wird in zweiter und dritter Beratung in der Hoffnung eines Kompromißantrages der Regierungsparteien angenommen, wonach die Zulassung unanfechtbar, wenn das Verbot des Oberlandesgerichts der Zulassung im Falle der Rechtspflege widerspricht. Die Datum des Entwurfs des Gesetzes wird der 1. April 1928 bestimmt. Die Landesjustizverwaltungen werden ermächtigt, Vorschriften zu erlassen, nach denen mit Wirkung ab dem 31. Dezember 1928 die neuen Bestimmungen auf einen Teil der bei den Landesgerichten zugelassenen Rechtsanwälte beschrankt werden.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsjustizministeriums. Die zweite Beratung verhandelt über die Veranschlagung des Reichsjustizministeriums für 1927/28. Der Minister erklärt, daß die Veranschlagung